



Energiegipfel muss Entlastung bei den Strompreisen bringen

Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl
Vorsitzender Stahlinstitut VDEh

Pressegespräch am 29. März 2006
Berlin

Energiepolitik

In diesem Jahr stehen wir vor wichtigen Weichenstellungen in der Energie- und Klimapolitik: Zurzeit konzentriert sich alles auf den von der Bundeskanzlerin einberufenen **Energiegipfel** am 3. April. Die Erwartungen der Stahlindustrie in Deutschland an den Energiegipfel sind hoch. Denn von den Ergebnissen hängt auch ab, welche Zukunft die energieintensiven Industrien in Deutschland haben. Der Energiegipfel soll den Startschuss für die Entwicklung eines energiepolitischen Gesamtkonzeptes im Laufe dieses Jahres geben. Von einer „standortgerechten Energiepolitik aus einem Guss“, wie es auch der BDI fordert, sind wir noch weit entfernt.

Die energieintensive Stahlindustrie in Deutschland braucht ein **Energiekonzept**, das ihre Wettbewerbsfähigkeit sichert. Sie hat allein einen Strombedarf von rund 21 Terawattstunden im Jahr. Das ist etwa genauso soviel Strom, wie das Land Sachsen verbraucht. Aus Sicht der Stahlindustrie muss vom Energiegipfel vor allem ein Signal ausgehen, dass die Strompreise in absehbarer Zeit wieder auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau sinken (**Bild 1**).

Die Stahlindustrie drängt auf eine rasche Lösung der **Strompreisproblematik (Bild 2)**, da sich allein im Jahr 2005 der Strom an der Leipziger Börse um rund 60 Prozent verteuert hat. Wie ist das zu schaffen?

- Die Strompreise müssen sich wieder an den tatsächlichen Erzeugungskosten orientieren. Derzeit liegen sie weit über diesem Niveau, weil auf den Energiemärkten kein Wettbewerb herrscht.
- Die kostenlos zugeteilten CO₂-Zertifikate dürfen nicht in den Strompreis eingepreist werden.
- Es muss ein wettbewerbsfähiger, kostengünstiger und zugleich klimaschonender Stromerzeugungsmix erhalten bleiben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist zu begrenzen, und die Laufzeiten der Kernkraftwerke müssen verlängert werden (**Bild 3**).
- Die Vereinbarung spezieller Industriestrompreise, wie das z. B. in Frankreich geschieht, könnte eine Lösung sein.

Auch auf den **europäischen Energiemärkten** findet so gut wie kein Wettbewerb statt. Die hohe Markkonzentration und fehlende Transparenz sorgen für eine unbefriedigende Preisbildung. Hinzu kommen eine vertikale Abschottung und eine mangelnde Integration in Europa. Das bemängelte unlängst EU-Kommissarin Neelie Kroes in ihrem Zwischenbericht zum EU-Energiemarkt.

Das zweite Thema beim Energiegipfel, an das die Stahlindustrie in Deutschland Erwartungen knüpft, betrifft den **Emissionshandel**. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass das Konzept riesige Probleme aufwirft. Die Preissteigerungen auf dem Strommarkt behindern das industrielle Wachstum der Stahlunternehmen in Deutschland. Die Stromerzeuger kalkulieren die ihnen kostenlos zugeteilten Zertifikate zu ihrem vollen Marktwert in die Strompreise ein. Sie setzen die höheren Preise wegen mangelnden Wettbewerbs auch am Markt durch. Diese Opportunitätskostenproblematik ist dabei nur einer von mehreren gravierenden „Konstruktionsfehlern“ des Emissionshandels.

Besonderes wichtig ist, die Opportunitätskosten als Argument für Strompreissteigerungen im Emissionshandel zu unterbinden. Kostenfrei zugeteilte Zertifikate dürfen nicht zu ihrem vollen Marktwert in die Strompreise einfließen (**Bild 4**). Diese Einpreisung hat maßgeblich zu den Fehlentwicklungen am Strommarkt beigetragen, wie selbst der Statusbericht der Bundesregierung festgestellt hat. Denn der Wettbewerb auf einem oligopolistischen Markt wie dem Energiesektor ist nicht ausreichend. Freimütig gibt der schwedische Wirtschaftsminister Thomas Östros zu, der größte Teil des Gewinns des schwedischen staatlichen Energiekonzerns Vattenfall stamme aus Deutschland, wo die Strompreise der Tochtergesellschaft weit höher lägen als in Schweden, wie gestern die FAZ berichtete. In Deutschland spielt die Einpreisung der CO₂-Zertifikate eine große Rolle. Im Stahlsektor wären Preissteigerungen auf Basis kostenfrei zugeteilter Zertifikate am Weltmarkt jedenfalls nicht durchsetzbar (**Bild 5**).

Inwieweit die Einpreisung mit dem geltenden Wettbewerbsrecht vereinbar ist, untersucht gegenwärtig das Bundeskartellamt. Morgen findet hierzu eine Anhörung statt, an der auch die Stahlindustrie beteiligt ist. Unsere Position zu dieser Opportunitätskostenproblematik ist eindeutig: Wir haben die Politik frühzeitig auf

diesen Konstruktionsfehler des Emissionshandels hingewiesen. Folglich steht diese nun auch in der Pflicht, Abhilfe zu schaffen.

Eine **Versteigerung** der Emissionsrechte, wie sie angedacht wird, stellt keine Lösung, sondern nur eine Verlagerung des Problems dar. Denn dadurch ließen sich die Strompreise nicht senken. Die erzielten Zusatzgewinne würden dann nicht mehr der Energiewirtschaft, sondern dem Staat zufließen. Eine Ausschüttung der Auktionseinnahmen aus der „Besteuerung der Luft“ an die stromverbrauchende Industrie wäre bürokratisch und daher kaum praktikabel. Außerdem würde dies die Mehrkosten durch den Emissionshandel nicht wettmachen.

Klimapolitik

Der **Emissionshandel** ist bürokratisch, teuer und schafft kaum zusätzliche Impulse für den Klimaschutz. Allein 12 Millionen Euro im Jahr kostet schätzungsweise die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) in Berlin. Dagegen entsprechen die 280 Millionen Tonnen CO₂, die die EU durch den Emissionshandel im Jahr 2012 einsparen will, gerade einmal 1 Prozent der 27,5 Milliarden Tonnen CO₂, die weltweit in 2004 emittiert wurden. Und für diesen minimalen Beitrag zur Klimapolitik wird die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien empfindlich getroffen.

Besonders problematisch aus Sicht der Stahlindustrie ist, dass der Emissionshandel durch seine uneinheitliche Umsetzung innerhalb **Europas** zwangsläufig zu Wettbewerbsverzerrungen führt (**Bild 6**). Während die Stahlindustrien in fast allen anderen EU-Staaten bis 2007 höhere Emissionsrechte erhalten haben, müssen die Stahlunternehmen in Deutschland ihre Emissionen verringern. Diese Benachteiligung muss bei dem zweiten nationalen Allokationsplan korrigiert werden, damit die Unternehmen dieselben Wachstumschancen haben wie ihre Wettbewerber in den anderen EU-Ländern. Ein Gutachten des Clausthaler Umwelttechnik-Instituts (CUTEC) zeigt eindeutig: Den Stahlindustrien in fast allen anderen EU-Staaten wurden sinnvollerweise für die erste Handelsperiode bis 2007 Mehremissionen zugestanden, um Wachstum zu ermöglichen. Nur den Anlagenbetreibern in Deutschland werden Minderungsverpflichtungen abverlangt.

Auch unter Berücksichtigung, dass in Deutschland für neue Anlagen Zertifikate aus einer speziellen Reserve zugeteilt werden, fällt die Zuteilung wesentlich knapper aus als in anderen Stahlländern. Die Wachstumschancen, die sich der Stahlindustrie angesichts einer wachsenden Stahlnachfrage im In- und Ausland bieten, werden in Deutschland somit ungerechtfertigt geschmälert. Bei der Erarbeitung des **zweiten nationalen Allokationsplans (NAP II)** muss also stärker als bisher der Blick auf das europäische Ausland gerichtet werden. Die Evaluierung des Emissionshandels auf europäischer Ebene muss genutzt werden, um den Emissionshandel gründlich zu überarbeiten.

Endgültige Entscheidungen zum zweiten nationalen Allokationsplan dürfen in Deutschland erst dann getroffen werden, wenn auch die Pläne der anderen EU-Staaten vorliegen. Es ist sicherzustellen, dass der zweite Allokationsplan wachstumsgerecht ausgestaltet wird und nicht industrielle Wettbewerbsfähigkeit beschneidet. Die Regierung hat im Koalitionsvertrag zugesagt, dass die Zuteilung nicht ein weiteres Mal so verknappt werden darf, wie es für die erste Handelsperiode geschehen ist. Daran wird die Stahlindustrie sie messen.

Was fordert die Stahlindustrie konkret für den NAP II?

- **Industrielle Prozesse** der Stahlproduktion müssen von den Minderungszielen ausgenommen werden, da hier aus physikalisch-chemischen Gründen keine Verringerung der CO₂-Emissionen möglich ist.

Offenbar will die Bundesregierung die energieintensiven Industrien im NAP II nur mit relativ moderaten CO₂-Minderungen belasten. Da das Gesamtbudget aber kräftig verknappt wird, sollen vor allem die Energieversorger für die Einsparungen aufkommen. Das macht Sinn, da die Energieversorger nicht im internationalen Wettbewerb stehen und – anders als die Industrie – Minderungspotenziale haben. Aber das Gesamtbudget an Emissionsrechten sollte nicht zu sehr verknappt werden, damit die energieintensiven Industrien durch steigende CO₂-Preise infolge der höheren Nachfrage und der nach oben gehenden Strompreise massiv belastet werden. Die Bundesregierung sollte daher die Spielräume nutzen, die sich aus den guten Fortschritten Deutschlands bei der Erfüllung des Burden-Sharing-Zieles

ergeben. Außerdem könnte Deutschland, wie bereits Italien und Spanien, Projekte zur CO₂-Minderung in Industrie- und Entwicklungsländern durchführen und die Emissionsrechte an die Industrie kostenlos weiterreichen.

Vor diesem Hintergrund sollte mit der endgültigen Ausarbeitung des NAP II, der bis zum 30. Juni in Brüssel eingereicht werden soll, gewartet werden, bis die Evaluierung der ersten Handelsperiode ausgewertet ist. Die Erfahrungen aus der ersten Phase des Emissionshandels müssen in die Formulierung des NAP II fließen können, weshalb die Verabschiedung in Brüssel um ein halbes Jahr auf den 31. Dezember 2006 verschoben werden sollte. Eine Ex-post-Anpassung der Zuteilung für die Stromwirtschaft an die tatsächliche Produktion wäre ebenfalls eine denkbare Lösung.

Wenn die „Konstruktionsfehler“ des Emissionshandels nicht in absehbarer Zeit beseitigt werden, muss er als Instrument auf den Prüfstand. Die Wirtschaftsminister der Bundesländer haben übrigens im Dezember 2005 sogar eine Aussetzung gefordert. Im Jahr 2000, als die Grundzüge des Emissionshandels konzipiert wurden, war die wirtschaftliche Ausgangssituation in der EU viel besser als heute (**Bild 7**). Damals glaubte die Politik, den ehrgeizigen Emissionshandel noch verkraften zu können. Skeptikern aus Deutschland wurde vorgehalten, die Industrie hierzulande könnte sogar unter dem Strich daran verdienen. Doch das Gegenteil ist eingetreten: Geld am Geschäft mit der „heißen Luft“ verdienen in erster Linie Banken, Börsen und Berater. Allein die aufgrund des Emissionshandels erhöhten Strompreise verursachen für die Stahlindustrie eine Zusatzbelastung von 150 Millionen Euro im Jahr. Das politische Instrument des Emissionshandels hat sich als zu marktnah erwiesen und die Strompreise so in die Höhe getrieben, dass wir uns den Emissionshandel nicht mehr leisten können. Standortverlagerungen und Produktionseinschränkungen werden die Folge sein müssen, wenn es nicht gelingt, die „Webfehler“ des Emissionshandels zu beseitigen.

Aber die Stahlindustrie stellt nicht nur Forderungen an die Politik, sondern beteiligt sich auch selbst an der Gestaltung einer nachhaltigen Klimapolitik. Und das tut die Stahlindustrie in Deutschland durchaus erfolgreich, wie ich an drei Beispielen verdeutlichen möchte:

- Die Stahlindustrie in Deutschland war und ist auch ohne Emissionshandel höchst **energieeffizient**. So hat sie ihren Energieverbrauch seit 1960 um 40 Prozent gesenkt (**Bild 8**).
- Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei der Verringerung der CO₂-Emissionen, wie die neueste energiestatistische Auswertung für das Jahr 2005 zeigt, die regelmäßig im Rahmen der **Selbstverpflichtung** der Stahlindustrie vorgenommen wird (**Bild 9**). Seit 1990 hat sich der spezifische CO₂-Ausstoß der Stahlindustrie, unabhängig vom Emissionshandel, um 15,3 Prozent verringert. Wir sind zuversichtlich, dass wir unser freiwilliges Ziel, die spezifischen CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2012 um 22 Prozent gegenüber der Basisperiode zu senken, auch erreichen werden.
- Außerdem beteiligt sich die Stahlindustrie an einem millionenschweren internationalen **Forschungsprojekt**, das u. a. einen Hochofen ohne CO₂-Emissionen konzipiert. Auch wenn bis zu dessen Realisierung sicher noch zwei Jahrzehnte vergehen werden, ist es doch wichtig, bereits jetzt an derartigen Zukunftsvisionen zu arbeiten.

Vor diesem Hintergrund kann die Stahlindustrie in Deutschland mit berechtigtem Selbstbewusstsein in die energie- und klimapolitische Diskussion eintreten.